

Zeitaufwand und nicht der Lohn führt zu Rücktritten

KANTONSPARLAMENTE Die fehlende Zeit und nicht die Höhe der Entschädigung ist der Hauptgrund, warum Politiker aufhören. Zu diesem Schluss kommt eine neue Studie der Uni Bern.

Der eher geringe Lohn auf kantonalen und kommunaler Stufe wird immer wieder als Grund für das wachsende Desinteresse an politischer Arbeit genannt. Zumindest bei jenen Leuten, die aktiv in einem Kantonsparlament mitgearbeitet haben, spielt er

aber eine vernachlässigbare Rolle. Zu diesem Schluss kommt die Zürcher Politikwissenschaftlerin Antoinette Feh an der Universität Bern.

Sie hat in ihrer Dissertation zur Mitgliederfluktuation in den Kantonsparlamenten die Aus-

trittsgründe von Politikern in schweizerischen Kantonsparlamenten von 1960 bis 2012 analysiert. Im Kanton Bern schied 55 Prozent der Politiker vorzeitig aus dem Parlament aus.

Fehs Vergleich zwischen den Kantonen zeigt auf, dass es keinen statistischen Zusammenhang zwischen der Höhe der Entschädigungen und der Verweildauer im Parlament gibt. Ent-

scheidend ist vielmehr der Faktor Zeit: Zahlreiche Politikerinnen und Politiker arbeiten auf kantonalen Ebene mehr als 50 Prozent. Sie ringen den Aufwand für die Politik ihrer Freizeit ab.

Die meisten Rücktritte in den Parlamenten erfolgen – wenn nicht altershalber – aus dem Grund, dass sich Familie, Beruf und Politik nicht vereinbaren lassen. rag/hu **SEITE 10+11**

UNTERSUCHUNG ZUR FLUKTUATION

Kantonale Parlamentarier tun es nicht

Müssen die Entschädigungen für Parlamentarier erhöht werden, um das politische Engagement attraktiver zu machen? Eine umfangreiche wissenschaftliche Arbeit kommt zu einem klaren Ergebnis: Es nützt nichts.

Parlamentsreformer und Staatstheoretiker haben es jetzt schwarz auf weiss: «Völlig überraschend und diametral entgegen dem vermuteten Wirkungszusammenhang mit den Ursachen des Ausscheidens von Mandatsträgern aus Parlamenten konnte festgestellt werden,

dass den für ein parlamentarisches Amt ausbezahlten Vergütungen eine nahezu vernachlässigbare Rolle zukommt.» Der ernüchternde Satz ist das zentrale Ergebnis einer umfangreichen Untersuchung durch die Politikwissenschaftlerin Antoinette Feh an der Universität Bern. In ihrer Dissertation zur Mitgliederfluktuation in den Kantonsparlamenten hat sie in akribischer Arbeit die Austrittsgründe von Politikerinnen und Politikern in allen schweizerischen Kantonsparlamenten von 1960 bis 2012 analysiert. Der Erkenntnisgewinn besteht vor allem darin, dass

die Arbeit für unterschiedliche Theorien und Lösungsansätze gerade keinen Nachweis erbringt.

Zeit ist das Problem

Das Ergebnis überrascht, weil der geringe Lohn auf kantonalen und kommunaler Stufe immer wieder als Grund für das wachsende Desinteresse an politischer Arbeit genannt wird. Zumindest bei jenen Leuten, die aktiv in einem Kantonsparlament mitgearbeitet haben, spielt er aber eine vernachlässigbare Rolle. Fehs Vergleich zwischen den Kantonen zeigt, dass sich kein statistischer Zusammenhang

«Grundsätzlich haben die Politiker nicht angegeben, dass die politische Arbeit unbefriedigend ist.»

Antoinette Feh
Politikwissenschaftlerin

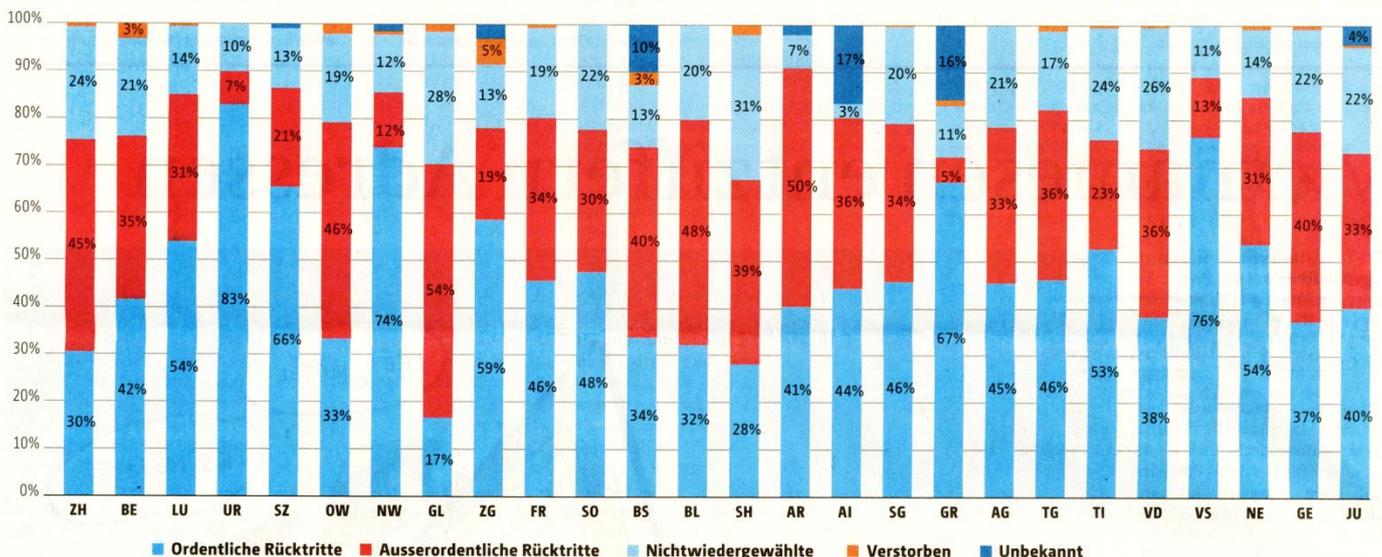
zwischen der Höhe der Vergütungen und der Verweildauer im Parlament herstellen lässt.

Im Zentrum steht viel mehr der Faktor Zeit: Die Grosszahl der Politikerinnen und Politiker auf kantonalen Ebene arbeitet über 50 Prozent und ringt den Aufwand für die Politik der Freizeit ab. Entsprechend lässt sich zeigen, dass die meisten Rücktritte, sofern sie nicht altershalber erfolgen, dann zu verzeichnen sind, wenn sich Beruf, Familie und Politik nicht mehr unter einen Hut bringen lassen. Einschränkung bleibt festzustellen, dass sich die Befragung aus-



DIE UNTERSUCHUNG

Die Gründe für das Ausscheiden



für das Geld

schliesslich auf eine Gruppe bezieht, die sich im Wissen um die Entschädigung für ein politisches Mandat entschieden hat. Weitgehend unerforscht ist die Frage, ob sich mehr politisch Interessierte für ein Engagement gewinnen liessen, wenn die Entlohnung grosszügiger wäre.

Hohe Fluktuation

Obwohl auch der geringe Handlungsspielraum der Parlamente immer wieder als Ursache für die Desillusionierung von Parlamentariern genannt wird, lässt sich selbst dafür kein Zusammenhang nachweisen. Parlamente, die ih-

ren Mitgliedern stärkere politische Instrumente und zusätzliche Betreuungsangebote ange-deihen lassen, weisen deswegen keine geringere Fluktuation aus. Im Gegenteil: Sogar eine leicht höhere. «Grundsätzlich haben die Politiker nicht angegeben, dass die politische Arbeit unbefriedigend ist», hat Feh auch in 391 schriftlichen Befragungen festgestellt.

Hingegen hat die Auswertung der Zahlenreihen seit 1960 ergeben, dass der Mitgliederwechsel in den kantonalen Legislativen vergleichsweise hoch ist. Die internationale Forschung geht ha-

sierend auf den Durchschnittswerten europäischer Länder von einer «gesunden Fluktuation» von 20 bis 30 Prozent pro Legislaturperiode aus. Dieser Wert liegt in 25 schweizerischen Kantonen deutlich darüber und unterscheidet sich von Kanton zu Kanton massiv (siehe Grafik). Liegt die Quote tiefer, geht die Politikwissenschaft von einem Schaden für die Demokratie aus, weil die Zufuhr an neuen Köpfen und Ideen zu gering ist und bei der Wählerschaft ein Gefühl mangelnder Gestaltungsmacht aufkommt. Liegt sie darüber, besteht die Gefahr, dass der Know-how-Verlust zu hoch ist und die Legislative der Exekutive nicht Paroli bieten kann.

Rechte bleiben länger

In den Details zeigt die Untersuchung kaum markante Auffälligkeiten. Frauen werden nicht häufiger abgewählt als Männer, ebenso wenig sind ausgesuchte Berufs- oder Altersgruppen besonders gefährdet. Signifikante Unterschiede gibt es zwischen Stadt und Land sowie links und rechts. Wird die Zahl ausserordentlicher Rücktritte während einer Legislaturperiode als Gradmesser für politisches Durchhaltevermögen gelesen, so ist dieses in urbanen Gebieten sowie bei SP und Grünen geringer, während Bürgerliche und ländliche Parlamentsmitglieder mehr Sitzleder aufweisen. Als besonders abwahlfreudige Kantone haben sich das Tessin und Schaffhausen entpuppt, wobei dies in Schaffhausen auf den Wahlzwang zurückzuführen sein dürfte. Ebenso wie es im Kanton Graubünden infolge des speziellen Wahlsystems äusserst selten zu einer Abwahl kommt. Dort bleiben Parlamentarier mit durchschnittlich fast zehn Jahren auch am längsten im Amt, während dieser Wert schweizweit bei knapp acht Jahren liegt.

Michael Hug

«Das ist ein Knochenjob»

Die Zürcher Politikwissenschaftlerin Antoinette Feh hat den Personalwechsel in den Kantonsparlamenten untersucht. Ergebnis: Die Fluktuation ist höher als erwartet.

Frau Feh, sind Politiker Idealisten?

Antoinette Feh: Ich würde sie eher als Personen mit gemischten Motiven mit einem Sinn für das Gemeinwohl bezeichnen. Sie wollen etwas bewirken, deshalb engagieren sie sich.

Das deckt sich nicht mit dem verbreiteten Bild des selbstsüchtigen Machtmenschen aus dem Dienstagskrimi.

Wir reden hier ja nicht von Berufspolitikern, deren Existenz grösstenteils von der Wiederwahl abhängt. Die Milizparlamentarier in den Kantonen leben von einem Berufseinkommen. Ihre grosse Mehrheit arbeitet deutlich über 50 Prozent. Die politische Arbeit leisten sie nebenbei. Was sie zu ihrer Motivation sagen, deckt sich mit anderen Untersuchungen, die zeigen, dass in der Schweiz überdurchschnittlich viele Leute freiwillige und ehrenamtliche Arbeit leisten.

Sie kommen zum Schluss, dass nicht die geringe Entschädigung, sondern der Zeitmangel für zurücktretende Politikerinnen und Politiker entscheidend ist. Ist das nicht eine vornehme Umschreibung für dasselbe?

Es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen steigendem Beschäftigungsgrad und dem Ausscheiden aus dem Parlament. Man muss sehen, dass diese Leute pro Woche neben Beruf und Familie 10 bis 15 Stunden für ihr politisches Mandat aufwenden. Das ist ein Knochenjob. Nicht selten kommen sie an einen Punkt, an dem sie das neben dem beruflichen Engagement oder den familiären Verpflichtungen nicht mehr bewältigen können.



Antoinette Feh

Stefan Anderegg

Ist der Personalwechsel in den Kantonsparlamenten deshalb zu hoch?

So kann man das nicht sagen. Die Kantonsparlamente funktionieren. In der Forschung vergleicht man die Höhe des Mitgliederwechsels mit dem Idealwert für europäische Länder, der zwischen 20 und 30 Prozent liegt. In den Kantonsparlamenten ist die Fluktuation generell höher, zum Teil markant. Das war bisher nicht bekannt. Die Zahlen sind seit 1960 leicht ansteigend. Das ist nicht dramatisch, aber es wäre sicher sinnvoll, die Entwicklung im Auge zu behalten.

Besonders hoch ist sie zum Beispiel in Schaffhausen, das einen Wahlzwang kennt.

Der Wahlzwang führt zu höherer Fluktuation, auch zu deutlich mehr Abwahlen. Ob das nun eher daran liegt, dass die Leute irgendeine Liste einwerfen, damit sie ihre Pflicht erledigt haben, oder daran, dass sie auf die höhere Beteiligung zurückzuführen sind, habe ich nicht untersucht. Einen starken Einfluss haben übrigens auch Parlamentsverkleinerungen, in deren Vorfeld sich die Rücktritte zum Ende einer Legislaturperiode hin häufen. Deshalb sollten solche Verkleinerungen geplant werden.

Aus Ihrer Dissertation kann man gewisse Vorbehalte gegen Parlamentsverkleinerungen herauslesen.

Durchaus, auch wenn es unbestreitbare Vorteile gibt und ge-

spart werden kann. Gleichzeitig verteilt sich aber auch die selbe Arbeit auf weniger Schultern. Wenn man weiss, wie wichtig der Faktor Zeit für die Politikerinnen und Politiker ist, sollte man sich über die Folgen im Klaren sein. Sind Milizparlamente so überhaupt noch möglich? Ich denke, wir sollten Sorge tragen zu den Menschen, die sich in Kantonsparlamenten engagieren.

Woran liegt es, dass die Parteien zunehmend Mühe haben, Kandidatinnen und Kandidaten für politische Ämter zu finden?

Ich denke, dass auch dies an der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Mandat liegt. Die Leute fragen sich, ob ihnen ein solches Mandat den Preis wert ist, den sie dafür bezahlen müssen. Die Menschen sind heute höher getaktet, der Freiraum für mehr oder weniger ehrenamtliche Engagements wird kleiner. hu

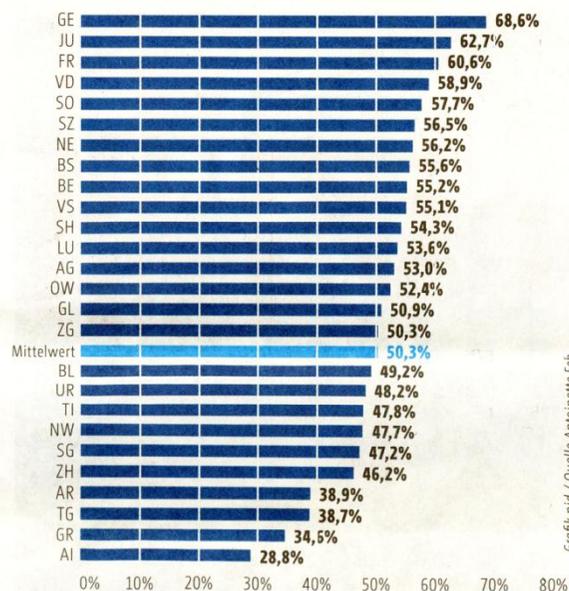
ZUR PERSON

Antoinette Feh Widmer

Die Zürcher Politikwissenschaftlerin Antoinette Feh Widmer, 42, hat im Rahmen ihrer vom Schweizerischen Nationalfonds unterstützten Doktorarbeit während dreieinhalb Jahren die «Parlamentarische Fluktuation auf subnationaler Ebene in der Schweiz» am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern untersucht. Die Dissertation wird in den nächsten Monaten publiziert. Feh arbeitete zuerst als Primarlehrerin, war im Personalbereich und bei der Expo 02 tätig, bevor sie 2003 in Zürich ihr Studium begann. Mit Professor Adrian Vatter wechselte auch sie von Zürich an die Universität Bern, wo sie das Forschungsprojekt zu den Kantonsparlamenten in Angriff nahm. Seit Dezember ist sie für die Politikberatungsfirma Köhler, Stüdeli und Partner in Bern tätig. hu



Durchschnittliche Fluktuationsrate (1990–2012)



Grafik: nld / Quelle: Antoinette Feh